

**Militärdepartement – Département militaire**

*Antrag der Einigungskonferenz*  
 511 Stab der Gruppe für Generalstabsdienste  
 3200.009 Bauten  
 Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

541 Gruppe für Rüstungsdienste  
 3130.041 Munition für die Ausbildung  
 3220.001 Persönliche Ausrüstung und Erneuerungsbedarf  
 Zustimmung zum Beschluss des Ständerates  
 3230.001 Rüstungsmaterial 1 427 000 000 Fr.

*Proposition de la Conférence de conciliation*  
 511 Etat-major du groupement de l'état-major général  
 3200.009 Constructions  
 Adhérer à la décision du Conseil des Etats

541 Groupement de l'armement  
 3130.041 Munition d'instruction  
 3220.001 Equipement personnel et besoin de renouvellement  
 Adhérer à la décision du Conseil des Etats  
 3230.001 Matériel d'armement 1 427 000 000 fr.

*Angenommen – Adopté*

**Verpflichtungskredite**

*Antrag der Einigungskonferenz*  
 511.3200.009 Bauten und Anlagen/Landerwerb/  
 Projektierungen  
 541.3130.041 Munition für die Ausbildung  
 541.3220.001 Persönliche Ausrüstung und  
 Erneuerungsbedarf (AEB)  
 541.3210.001 FEVP  
 Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

**Crédits d'engagements**

*Proposition de la Conférence de conciliation*  
 511.3200.009 Constructions et installations/  
 Acquisition de terrains/Etablissement de projets  
 541.3130.041 Munition d'instruction  
 541.3220.001 Equipement personnel et besoin  
 de renouvellement (BRA)  
 541.3210.001 PRDE  
 Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté*

**Hess Peter**, Berichterstatter: Ich kann Ihnen erklären, dass mit diesen Beschlüssen das Defizit der Finanzrechnung für das Budget 1993 neu rund 3,085 Milliarden Franken beträgt und das Total der von den beiden Räten beschlossenen Kürzungen nun neu etwa 475 Millionen Franken ausmacht. Dies unter Berücksichtigung des Erhöhungsbeschlusses bei den Nationalstrassen von gestern, wo die unseligen 100 Millionen Franken das Ausmass der Ausgabenkürzungen verkleinert haben.

*An den Ständerat – Au Conseil des Etats*

91.406

**Parlamentarische Initiative  
 (Borel François)  
 Handel mit Waffen. Aufsicht des Bundes  
 Initiative parlementaire  
 (Borel François)  
 Commerce d'armes. Contrôle fédéral**

Siehe Jahrgang 1991, Seite 1892 – Voir année 1991, page 1892

Bericht der Sicherheitspolitischen Kommission  
 vom 16. Oktober 1992  
 (wird im BBI veröffentlicht)  
 Rapport de la Commission de la politique de sécurité  
 du 16 octobre 1992  
 (sera publié dans la FF)

Stellungnahme des Bundesrates vom 14. Dezember 1992  
 (wird im BBI veröffentlicht)  
 Avis du Conseil fédéral du 14 décembre 1992  
 (sera publié dans la FF)

Kategorie III, Art. 68 GRN – Catégorie III, art. 68 RCN

*Antrag der Kommission*  
 Eintreten

*Antrag Fischer-Seengen*  
 Rückweisung an die Kommission  
 mit dem Auftrag, dem Rat eine Formulierung zu unterbreiten,  
 die sowohl das Recht auf Erwerb, Besitz und Tragen von Waf-  
 fen gewährleistet als auch den Bund beauftragt, Vorschriften  
 gegen den Missbrauch zu erlassen.

*Proposition de la commission*  
 Entrer en matière

*Proposition Fischer-Seengen*  
 Renvoi à la commission  
 avec mandat de présenter au conseil une formulation qui  
 contienne le droit d'acheter, de posséder et de porter une  
 arme et donne la compétence à la Confédération d'édicter des  
 prescriptions contre les abus.

**Cincera**, Berichterstatter: Das Problem, den Missbrauch von Waffen in den Griff zu bekommen, beschäftigte unser Parlament schon in den sechziger und siebziger Jahren und auch wieder in den achtziger Jahren. Eine Bundeslösung auf Verfassungs- und/oder Gesetzesstufe ist bis heute bereits in der Phase des Vernehmlassungsverfahrens gescheitert. Zurzeit ist der Handel mit Waffen über ein Konkordat aus dem Jahre 1969 geregelt, dem ausser dem Kanton Aargau alle Kantone beigetreten sind. Dieses Konkordat erlaubt allerdings sehr unterschiedliche kantonale Regelungen, weshalb immer häufiger die Forderung nach einem eidgenössischen Waffengesetz erhoben wird, dies besonders, nachdem eine Revision des Konkordates mit dem Ziel einer Verschärfung der Massnahmen an den Meinungsverschiedenheiten der Kantone gescheitert ist. Der Ausbruch der Feindseligkeiten im ehemaligen Jugoslawien veranlasste den Bundesrat im Dezember 1991, mit einer Verordnung über den Erwerb und das Tragen von Schusswaffen durch jugoslawische Staatsangehörige dringliche Massnahmen zu ergreifen und die Vorschriften für den Waffenerwerb durch Ausländer zu verschärfen. Diese Verordnung läuft Ende 1994 aus. So präsentiert sich der Ist-Zustand. Das Vorlegen einer Verfassungs- und Gesetzesvorlage für die Bekämpfung des Waffen- und Munitionsmissbrauchs ist in der Legislaturplanung 1991–1995 vorgesehen. Am 10. Dezember 1990 reichte der Kanton Tessin eine Standesinitiative ein, mit der Forderung, ein Bundesgesetz über Waffen und Munition auszuarbeiten. Am 3. Oktober 1991 beschloss dann unser Rat, einer parlamentarischen Initiative Folge zu geben, mit der eine Verfassungsgrundlage für eine zukünftige Gesetzgebung gefordert wurde. Die Initiative stammte von unserem Kollegen François Borel. Die Sicherheitspolitische Kommission wurde beauftragt, eine Vorlage auszuarbeiten. Sie wiederum übertrug

diese Aufgabe einer Subkommission unter der Leitung von Nationalrat Anton Keller.

Wir beschliessen das folgende Vorgehen:

1. Der Bericht zum Verfassungsartikel soll von der Kommission selber ausgearbeitet werden, weil es so schneller geht als über eine Botschaft des Bundes. Es sollte angestrebt werden, das Gesetz anschliessend möglichst rasch in Kraft zu setzen, um auch die auslaufende Jugoslawien-Verordnung möglichst bald zu ersetzen.

2. Sowohl Verfassungsartikel als auch das zukünftige Gesetz sollen sich auf den Missbrauch konzentrieren und beschränken und das Ziel verfolgen, die Kriminalität zu bekämpfen.

3. Heute beraten wir die parlamentarische Initiative Borel François über den Handel mit Waffen, Aufsicht des Bundes. Wir haben über eine Aenderung der Bundesverfassung zu beschliessen. Es geht um einen neuen Artikel 40bis.

4. Um aber aufzuzeigen, was wir auf der Grundlage des Verfassungsartikels unter Missbrauchsgesetzgebung verstehen, haben wir im Bericht den Rahmen und die Grenzen eines zukünftigen Gesetzes umschrieben. So weiss der Stimmbürger, was nach einer Zustimmung zum Verfassungsartikel auf Gesetzesebene auf ihn zukommen wird. Unter den Stimmbürgern interessiert das natürlich besonders die primär Betroffenen, nämlich Jäger, Schützen, Sammler und die ehemaligen Armeeingehörigen.

Unsere Arbeit basierte auf dem Entwurf von 1982, und wir arbeiten eng mit der Verwaltung zusammen, welche sich durch eine kooperative Haltung auszeichnete.

Ich werde nun noch auf einige wichtige Punkte näher eingehen. Die Kommission diskutierte ausführlich die Frage, ob das Recht des Bürgers auf Waffenbesitz bereits im Verfassungsartikel festgeschrieben werden soll oder erst im Geltungsbereich des Gesetzes. Wir kamen zum Schluss, dass ein solches Recht nicht in den Verfassungsartikel gehört. Es ist eine Frage der Qualifizierung der Freiheitsrechte.

In unserer Verfassung sind ungefähr ein Dutzend Grundrechte verankert, welche alle das Verhältnis zwischen dem Individuum und dem Staat regeln: Die Glaubens- und Gewissensfreiheit, das Eigentumsrecht, die Handels- und Gewerbebefreiheit, die Pressefreiheit und das Recht zur Bildung von Vereinen gehören zum Beispiel dazu. Auch wenn man anerkennt, dass für viele Schweizer Bürger das Recht, eine Waffe zu tragen, von grosser Bedeutung ist, kommt ihm doch nicht der verfassungsrechtliche Stellenwert der eben aufgezählten Grundrechte zu. Wir sollten uns an solche Verfassungsgrundsätze halten.

Die Kommission straffte den Text von Nationalrat Borel François. Anstelle von: «Der Bund erlässt Vorschriften, die den Missbrauch von Waffen, Waffenzubehör und Munition verhindern sollen ...» schlagen wir die konkretere Formulierung vor: «Der Bund erlässt Vorschriften gegen den Missbrauch von Waffen, Waffenzubehör und Munition.»

Vorschriften gegen den Missbrauch setzen ein allgemeingültiges Recht voraus. Im Gesetz soll dann aber an erster Stelle, beim Geltungsbereich, das Recht jedes Schweizer Bürgers auf Waffenwerb, Besitz von Waffen und Waffentragen verankert werden.

Mit der Definition der Begriffe und den Missbrauchsbestimmungen wird ein einheitlicher Vollzug durch die Kantone sichergestellt. Im Gegensatz zur heutigen Konkordatssituation steht den Kantonen dann keine waffenrechtliche Kompetenz mehr zu. Das fördert die Rechtsgleichheit und die Rechtssicherheit. Das Gesetz darf deshalb keine Sonderregelungen für einzelne Kantone zulassen.

Mit einem neuen Waffenrecht sollen die traditionellen Rechte der Bürger nicht eingeschränkt, sondern nur der Missbrauch, also vorwiegend die Kriminalität, bekämpft werden. Daran hat sich das Gesetz zu orientieren.

Beim Verkauf und Erwerb von Waffen sollen folgende Regeln gelten:

Für Händler: Wer haupt- oder nebenberuflich mit Waffen Handel treiben will, muss sich über grundlegende Kenntnisse des Waffen- und Munitionswesens sowie der geltenden Gesetzgebung ausweisen und über eine Prüfung eine Waffenhandelsbewilligung erwerben.

Für Privatpersonen: Der Waffenerwerbsschein und die Waffentragbewilligung sollten zusammengelegt werden. Inhaber einer Jagdbewilligung benötigen für die eigene Jagdwaffe keine Bewilligung. Das gleiche soll auch für Sportschützen und für Teilnehmer an Schiessübungen und Wettkämpfen für die an diesen Anlässen verwendeten Waffen sowie für aktive und ehemalige Angehörige der Armee und ihre persönliche Waffe gelten.

Für die Akzeptanz eines neuen Gesetzes wird es besonders wichtig sein, dass für die eben erwähnten Kreise keine unnötigen Hindernisse aufgebaut werden. Ein Bedürfnisnachweis für die Waffentragbewilligung würde unweigerlich zu einem Referendum führen. Die massgebenden Organisationen könnten sich hingegen z. B. als Bedingung das Bestehen einer Prüfung über die rechtlichen Aspekte des Waffengesetzes generell und in Notwehr sowie über die sichere Waffenhandhabung vorstellen. Ein Waffenregister ist nicht vorgesehen. Der Verkauf unter Privaten soll nicht zu einer neuen Erwerbsscheinpfllicht führen; eine Meldepflicht genügt.

Hingegen sollen gegenüber Ausländern besondere Bestimmungen angewendet werden können. Dazu wird man sich auf die Erfahrungen mit der schon mehrmals erwähnten Jugoslawien-Verordnung abstützen können. Für Sammler – auch für Sammler von Serief Feuerwaffen – sind Ausnahmen vorgesehen.

Besonders gefährliche Kategorien von Waffen und Munition sollten – nach Ansicht der Kommission – verboten werden. Darüber haben wir ebenfalls ausführlich diskutiert. Unter das Verbot fallen sicher die Serief Feuerwaffen, aber auch Geräte, die durch Versprühen von Stoffen oder Freisetzen von Energien Menschen töten oder deren Gesundheit auf Dauer schädigen können. Mit dieser Formulierung ist sichergestellt, dass die meisten handelsüblichen Geräte zum Selbstschutz keine Bewilligung nötig machen, denn diese wirken auf eine begrenzte Zeit und schädigen die Gesundheit nicht auf Dauer; zu töten vermögen sie schon gar nicht.

Es werden aber auch sehr gefährliche Geräte fabriziert, und es ist eine Selbstverständlichkeit, diese zu verbieten. Diese Geräte werden nämlich zu kriminellen Zwecken eingesetzt und nicht zum Selbstschutz. In den Katalog der verbotenen Waffen werden auch Schlagringe, Schlagstöcke und ähnliche Geräte gehören müssen, welche speziell für Gewaltanwendung hergestellt werden, ebenso abgeänderte Munition, welche nach dem Kriegsvölkerrecht verboten ist.

Damit habe ich Ihnen den Zusammenhang des heute zur Diskussion stehenden Verfassungsartikels mit der anschliessenden Gesetzgebung dargestellt. Wenn wir möglichst nahtlos die Jugoslawien-Verordnung ablösen wollen, müssen wir in den Räten dafür sorgen, dass die Volksabstimmung über den Verfassungsartikel bis Ende 1993 stattfinden kann. Es braucht dann noch etwa zwei Jahre für die Gesetzesarbeit, was aufgrund der bereits geleisteten Vorarbeiten genügen sollte.

Wie dem gestrigen Schreiben des Bundesrates an den Nationalrat zu entnehmen ist, sind sowohl der Bundesrat als auch die Kantone mit dem Vorschlag und dem Vorgehen, das wir Ihnen hier vorschlagen, einverstanden. Die Beschränkung auf die Bekämpfung des Missbrauchs kommt im übrigen auch bei den geringen finanziellen und personellen Auswirkungen zum Ausdruck. Es wird mit einem Personalbedarf von 1,5 Stellen und etwa 0,2 Millionen Franken jährlich gerechnet.

Die Sicherheitspolitische Kommission beantragt Ihnen mit allen Stimmen bei zwei Enthaltungen, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen und den Bundesbeschluss über den Handel mit Waffen, Aufsicht des Bundes, zuzustimmen.

M. Carobbio, rapporteur: Le rapport du 16 octobre 1992 de la Commission de la politique de sécurité de notre conseil est en même temps une réponse au mandat que vous avez donné à cette commission, c'est-à-dire d'étudier et de prendre position sur l'initiative Borel François, qu'en l'occurrence nous avons acceptée en 1991, et une dernière tentative – que j'espère positive – de créer les conditions légales pour résoudre finalement le problème des abus dans le commerce d'armes. En effet, au cours de ces vingt dernières années, la question des abus en matière de commerce d'armes a fait l'objet de plu-

sieurs dizaines d'interventions parlementaires sans que cela n'aboutisse à l'élaboration d'une loi fédérale. A ce jour, comme vient de le rappeler le rapporteur de langue allemande, le concordat sur le commerce d'armes et de munitions, du 27 mars 1969, est l'unique texte légal en la matière, et chacun s'accorde à reconnaître depuis de nombreuses années qu'il présente des lacunes et qu'il ne répond plus à la situation actuelle.

Il est en effet incontesté que la faiblesse de notre législation dans le domaine du commerce d'armes a favorisé le développement de nombreux trafics d'armes depuis notre pays au profit de la criminalité internationale. Les articles de presse que vous avez sûrement lus ces dernières années sont là pour le démontrer. De plus, les cantons, à cause du manque d'une loi fédérale, ont été amenés à compléter le concordat par diverses ordonnances instituant ainsi des régimes très différents qui vont d'une réglementation stricte – c'est le cas de Genève – à un régime très libéral – c'est le cas par exemple du canton d'Argovie.

En 1977 déjà, préoccupé par cette situation, le Département fédéral de justice et police a élaboré un projet d'article constitutionnel, pratiquement le même que celui qui vous est proposé aujourd'hui, et un avant-projet de loi fédérale sur les armes et les munitions. La procédure de consultation ouverte en 1982 a clairement démontré qu'une majorité des cantons et d'organisations se déclaraient en faveur de l'article constitutionnel, mais par contre émettaient de sérieuses réserves vis-à-vis du projet de loi. Suite à l'absence de consensus autour de l'avant-projet de loi, le Conseil fédéral décidait de renoncer à poursuivre la procédure en vue d'élaborer un projet définitif à l'attention du Parlement. La tentative qui a suivi de réviser le concordat fut également abandonnée en 1986. En réponse à plusieurs motions déposées dans cette salle, dès cette date, le Conseil fédéral a déclaré que seul un changement d'attitude des cantons pourrait relancer le débat sur cette question controversée. Force est de constater que durant ces dernières années, le problème du commerce d'armes n'a cessé de s'amplifier, en particulier dans les régions frontalières, dont le canton du Tessin. Afin d'éviter la multiplication de réglementations cantonales et de régimes différents, la nécessité d'une législation fédérale s'impose. Cet avis est aujourd'hui également partagé par le Département fédéral de justice et police, comme il ressort de sa prise de position sur le rapport de la commission.

Le fait que le 3 octobre 1991 le Conseil national ait décidé, à une très large majorité, de donner suite à l'initiative parlementaire de M. Borel François et à l'initiative du canton du Tessin qui demandaient une loi en la matière, démontre la prise de conscience politique face à l'urgence du problème. La Commission de la politique de sécurité a institué le 26 février 1992 une sous-commission de cinq membres sous la présidence de M. Keller Anton. En quatre séances, elle a élaboré le rapport qui vous est soumis aujourd'hui et ce en étroite collaboration avec le Département fédéral de justice et police. La commission a été guidée non seulement par la volonté de donner une base légale nécessaire à la Confédération pour élaborer une loi, mais également par le souci de définir au préalable les principes de base qui devront guider le législateur lors de l'élaboration de la future loi.

Ainsi, lorsque le peuple et les cantons seront appelés à se prononcer sur la modification de la constitution, ils pourront le faire en connaissance de cause. En raison de l'urgence qu'il y a à agir dans ce domaine, la commission a estimé que la voie de l'initiative parlementaire permettait de mener plus rapidement à une modification de la constitution, condition préalable à l'élaboration de la loi. En effet, la nécessité d'une base constitutionnelle, préalable à toute loi fédérale sur le commerce, est constante et incontestée depuis plus de 15 ans. L'Office fédéral de la justice et la doctrine sont unanimes à constater qu'aucun article de la constitution actuelle ne peut servir de base légale à une loi fédérale sur le commerce d'armes. Il reste qu'une nouvelle disposition constitutionnelle en la matière implique une délégation de compétences des cantons à la Confédération. La commission est d'avis que cela constituerait une limitation peu importante de la souveraineté des can-

tons. L'article constitutionnel, tel qu'il vous est proposé fixe, outre la délégation de compétences à la Confédération, le but général de la loi, soit prévenir les abus d'armes, d'accessoires d'armes et de munitions et non pas prohiber la possession des armes.

Depuis de nombreuses années, certaines organisations militent et demandent l'inscription dans la constitution du droit pour chaque citoyen suisse d'acheter ou de posséder et de porter des armes. La commission a estimé qu'une telle disposition ne saurait être comparée aux libertés fondamentales inscrites de manière expresse ou implicite dans la constitution, lesquelles régissent les rapports entre l'Etat et l'individu. Cependant, la commission a jugé que compte tenu des différents intérêts en présence, il importerait lors de l'élaboration de la loi de mentionner le droit pour les citoyens helvétiques de porter des armes, sous réserve des dispositions de la loi visant à empêcher les abus.

Le texte constitutionnel de l'initiative parlementaire, lequel a été repris de l'avant-projet du Département fédéral de justice et police de 1982, que vous propose la commission prend en considération le particularisme helvétique et doit permettre de rédiger rapidement une loi qui puisse combler les lacunes toujours plus criantes de notre législation en la matière. Dès le début de ses travaux, la commission a jugé indispensable de définir, avec la votation de ce nouvel article constitutionnel, les contours généraux de la future loi.

En effet, la procédure de consultation de 1982 a mis en évidence la sensibilité des cantons et associations par rapport à l'avant-projet de loi. La commission est partie du principe que la définition de certains principes de base de la loi ne pouvait qu'augmenter les chances d'acceptation par les divers milieux concernés du rapport qui vous est soumis aujourd'hui. Pour cela la commission s'est référée aux nombreux travaux préparatoires du département élaborés pour l'avant-projet de loi en 1982. Il est certain que bon nombre d'articles de cet avant-projet-là devront être remaniés avant de mettre le nouvel avant-projet de loi en consultation. Le rapport dont nous discutons aujourd'hui définit au chapitre 6, de manière relativement précise, les principes de base de la future loi. Je n'y reviendrai donc pas de manière détaillée, mais je souhaite tout de même expliquer certaines notions et exposer les intentions de la commission.

Tout d'abord, la définition de la notion d'armes. La commission a estimé nécessaire de tenir compte des développements techniques et de ne pas se limiter aux seules armes à feu. Consciente que de plus en plus de personnes, et notamment des femmes, achètent des engins pulvérisants, des substances mettant temporairement hors d'état de nuire d'éventuels agresseurs, la commission n'a conservé sous la dénomination d'armes que les produits pouvant «porter atteinte à la santé de manière durable». Cette précision doit éviter que les nombreux produits de self-défense disponibles aujourd'hui sur le marché et qui ne mettent pas la vie en danger ne soient soumis à la future loi.

Ensuite, acquisition et vente d'armes. La législation actuelle met en évidence les disparités de la réglementation existante dans les divers cantons en matière de patente pour le commerce d'armes. L'application de normes strictes et précises pour l'exercice de cette activité est indispensable si l'on veut éviter des abus dans ce domaine. Depuis l'entrée en vigueur, le 1er janvier 1992, de l'ordonnance fédérale sur l'acquisition et le port d'armes par des ressortissants yougoslaves, qui prévoit également des conditions restrictives pour tous les autres étrangers, les statistiques tendent à prouver l'efficacité des mesures prises. Au cours des six premiers mois de l'année, seules 160 armes ont été achetées par des étrangers contre 6000 pour la même période en 1991.

En tenant compte de ces chiffres révélateurs, la commission a jugé indispensable que la future loi prévoient des mesures particulières pour les étrangers non résidents. La définition de conditions-cadres pour l'acquisition d'armes a suscité une discussion nourrie au sein de la commission, notamment sur la question de savoir si la preuve de la nécessité d'acquérir une arme devait être apportée. Finalement, la commission y a renoncé, laissant au Département fédéral de justice et police

le soin de prévoir des exceptions pour certaines catégories de personnes lors de l'élaboration de la loi. La commission a également considéré qu'une procédure simplifiée devait être prévue pour les personnes astreintes ou libérées de l'obligation de servir et qui souhaitent acquérir une arme d'ordonnance. Les personnes titulaires d'un permis de chasse seraient dispensées du permis d'achat pour les armes de chasse.

Enfin, le port d'armes. Contrairement au projet du Département fédéral de justice et police, qui prévoyait que le permis de port d'armes soit obligatoire pour toutes les personnes qui désiraient porter une arme en public ou la transporter, la commission a estimé que cette autorisation pourrait faire l'objet de la même procédure que le permis d'achat d'armes. Compte tenu du statut de véritable symbole national que représente la pratique du tir sportif dans notre pays, la commission a jugé que toutes les personnes prenant part aux exercices et aux concours de tir, ainsi qu'aux activités militaires hors du service, seraient exemptées du permis de port d'armes.

En conclusion, le problème du commerce d'armes et de munitions occupe notre Parlement depuis plus de quinze ans, je le répète, sans qu'une solution satisfaisante ait pu être trouvée. Les travaux de la commission ont démontré qu'il existait aujourd'hui, à tous les niveaux – Parlement, Conseil fédéral, cantons et, je l'espère, organisations concernées – une volonté marquée d'aller de l'avant et d'élaborer rapidement une loi fédérale sur le commerce d'armes et de munitions. Le temps presse en effet, car le 31 décembre 1994 l'ordonnance sur l'acquisition et le port d'armes pour les ressortissants étrangers arrivera à échéance, et il s'agira alors que la loi prenne le relais.

Par conséquent, c'est sans opposition et avec seulement deux abstentions que la commission vous demande d'accepter le présent rapport et la modification de la Constitution fédérale qu'elle propose. Je pense qu'il s'agit d'un projet équilibré qui peut trouver l'adhésion de la grande majorité de ce Parlement.

**Cavadini Adriano:** Ich müsste hier für eine Minderheit der Fraktion sprechen, weil die Mehrheit dem Antrag Fischer-Seengen Folge leisten wollte. Nachdem Kollege Fischer seinen Antrag zurückzieht, hoffe ich, dass auch meine Fraktion einstimmig für den Antrag der Kommission sein wird.

Ich bin überzeugt, dass wir auf diesem Gebiet endlich etwas machen müssen. Die Kommission ist für einen Bundesverfassungsartikel, der die Missbräuche mit dem Handel von Waffen verhindern will. Ich bin zufrieden, dass der Antrag Fischer-Seengen zurückgezogen wurde, weil wir in unsere Verfassung nicht das Recht auf Erwerb, Besitz und Tragen von Waffen einführen konnten. Ich bin überzeugt, mit solchen Vorschlägen hätten wir unsere Verfassung strapaziert. Unter anderem hat die Kommission auch diese Angelegenheit sorgfältig geprüft und schliesslich abgelehnt.

Noi Ticinesi siamo particolarmente sensibili a questi temi, perché il libero commercio di armi, fino a un anno fa, era diventato una grande attrattiva per bande di criminali stranieri e per commercianti che si rifornivano da noi per poi portare queste armi in zone o regioni in guerra, come la Jugoslavia.

Tant'è che l'ordinanza del Consiglio federale dello scorso dicembre ha fatto scendere la vendita di armi a stranieri da 6000 a 160.

All'estero non si capisce la posizione della Svizzera con questa libertà di commercio e d'industria, e regolarmente siamo criticati per questa nostra libertà che porta soltanto danno all'immagine della nostra Nazione.

Ancora recentemente leggevo su un giornale il titolo: «Acquistare armi in Ticino è come comperare caramelle», e si citava in questo articolo la confessione di un mafioso italiano, il quale alla giustizia affermava che lui era venuto molte volte in Ticino a comperare armi, che non aveva nessun problema perché bastava che uno sia residente, abbia conoscenza con l'armiere e può ottenere quello che vuole; si potevano ottenere i kalashnikov con due caricatori e 300 colpi.

Io credo che sia giunto il momento di smetterla una volta tanto di giocare con questo traffico di armi. I cacciatori, i tiratori, i collezionisti non devono avere nessun timore, riceveranno con la nuova legge l'autorizzazione per comperare le armi di cui

hanno bisogno. E per i militari il problema non si pone, perché già l'articolo 18 capoverso 3 della costituzione dà loro questa possibilità.

E' invece importante che gli abusi vengano evitati, che i criminali non possano più venire in Svizzera a rifornirsi così liberamente di armi e a portare all'estero una immagine negativa della nostra Nazione.

Ed è per questo che ritengo che dobbiamo massicciamente sostenere la proposta della commissione; è una proposta che in fondo data di dieci anni fa e che merita oggi veramente di essere attuata nell'interesse della Svizzera e in particolare affinché questa nostra immagine venga salvaguardata all'estero.

**Fischer-Seengen:** Wir befinden uns in dieser Frage tatsächlich auf einer Gratwanderung. Das Recht auf Erwerb, Besitz und Tragen von Waffen stellt für viele Schweizer, vor allem für ältere Bürger, ein zentrales Anliegen dar. Dieses Recht ist eng mit der Wehrpflicht verbunden, gewissermassen das Pendant dazu. Es ist deshalb verständlich, dass unsere Mitbürger sehr sensibel auf jeden Versuch reagieren, dieses Recht zu beschränken; entsprechende Erfahrungen konnte ich anlässlich der Diskussion über den EWR-Vertrag wieder machen, wo dieses Thema fast bei jeder Veranstaltung zur Sprache kam. Entsprechende Vorstösse sind deshalb äusserst behutsam vorzubringen. Auf der anderen Seite ist die Notwendigkeit unbestritten, angesichts der zunehmenden Kriminalität, des Terrorismus und der Waffenschiebereien in Krisen- und Kriegsgebieten einschränkende Bestimmungen aufzustellen.

Die Stossrichtung der parlamentarischen Initiative Borel François ist deshalb richtig. Diese Initiative, die bereits in der Form eines ausgearbeiteten Entwurfs eingereicht wurde, trägt nur dem Kriterium des Missbrauchs Rechnung, aber nicht jenem auf Recht des Erwerbs, des Besitzes und des Tragens von Waffen. Die vom Initianten vorgeschlagene und von der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates übernommene Formulierung ist deshalb etwas einseitig und könnte – obwohl das Anliegen grundsätzlich unbestritten ist – zu unnötiger Opposition führen.

So hat der Schweizerische Schützenverein mit Schreiben vom 30. November 1992 dem Bundesrat in dieser Sache folgende grundsätzliche Meinung unterbreitet:

1. Der Schweizerische Schützenverein unterstützt sämtliche Bestimmungen, die den kriminellen Missbrauch von Waffen verhindern.

2. Der Schweizerische Schützenverein legt jedoch ein ebenso grosses Gewicht auf das Grundrecht jeder Schweizerin und jedes Schweizer, eine Waffe frei erwerben, besitzen und tragen zu dürfen, ohne dass dies Bewilligungsverfahren und Kontrollen unterworfen wird.

Er bringt auch seine Absicht zum Ausdruck, diese Bestrebungen aktiv zu unterstützen, sofern diese Grundsätze bereits im Verfassungsartikel festgeschrieben werden. Angesichts seiner Mitgliederzahl wäre wohl damit zu rechnen, dass ein neuer Verfassungsartikel gegen den Widerstand dieser Organisation kaum durchgesetzt werden könnte.

Aus diesen Gründen habe ich zunächst den Antrag auf Rückweisung zur Ausarbeitung einer Formulierung gestellt, die sowohl das Recht festhält als auch die Missbrauchsbekämpfung ermöglicht.

Nun macht die Kommission zu Recht geltend, dass es genügt, die Freiheit des Waffentragens im Gesetz zu regeln, weil diese Freiheit nicht Verfassungsrang habe. In der Verfassung sollten nach Auffassung der Kommission nur die allerwichtigsten Grundrechte ausdrücklich erwähnt werden.

Ich gehe von der festen Erwartung aus, dass sich der Schweizerische Schützenverein mit der Verankerung dieses Rechts im Gesetz zufriedengeben wird. Im Interesse der Sache und in Anerkennung der Bedeutung einer Bestimmung zur Eindämmung des Missbrauchs von Waffen – vor allem aber, um eine falsche Interpretation einer Rückweisung zu vermeiden – habe ich im Einvernehmen mit der freisinnigen Fraktion den Rückweisungsantrag zurückgezogen.

Von zentraler Bedeutung für die Fraktion ist es indessen, dass sowohl aus den Materialien über die heutige Diskussion als

auch aus der künftigen Gesetzgebung klar hervorgeht, dass das Recht des Schweizer auf Erwerb, Besitz und Tragen von Waffen mit dieser neuen Verfassungsbestimmung nicht eingeschränkt wird.

In diesem Sinn stimmt die freisinnige Fraktion den Anträgen der Kommission zu.

**Präsident:** Die Schweizer Demokraten und die Lega dei Ticinesi sowie die LdU/EVP-Fraktion melden Zustimmung zum Antrag der Kommission.

**Keller Anton:** Wir müssen auf diesem Gebiet handeln, das ist für unsere Fraktion klar. Wir müssen aber, darin teile ich die Auffassung von Herrn Fischer-Seengen, in dieser Angelegenheit klug und überlegt vorgehen. Es geht darum, zwei konkurrierende Prinzipien bestmöglich zu verknüpfen. In einer Welt – auch wir sind in dieser Welt – augenscheinlich wachsender Kriminalität, in einem europäischen Umfeld auch, in dem verschiedene Staaten an innerem Zusammenhalt einbüßen und teilweise in innere Konflikte hineingeraten, ist ein zu freizügiger Umgang mit Waffen gefährlicher geworden. Damit stellt sich die Frage nach einer Basisregelung, insbesondere für den Kauf und den Verkauf von Waffen.

Andererseits darf nicht aus den Augen verloren werden, dass sich in unserem Land eine lange Tradition im Gebrauch von Waffen herausgebildet hat. Jede Regelung darf nicht aus der Sicht verlieren, dass das Schweizervolk eine hohe Fähigkeit entwickelt hat, mit der Waffe gefahrlos umzugehen. Das ist nicht Mythologie, sondern das ist Wirklichkeit. Der Bürger rückt als Soldat mit seiner Waffe in den Militärdienst ein; er kehrt mit ihr nach Hause zurück. Gelebte Wirklichkeit in dieser Beziehung sind ebenfalls die unzähligen Schützenvereine und die zahllosen Schützen.

So muss denn fürs erste einmal klar gesagt sein, dass diese Tradition nicht der Anlass sein kann, dass wir heute eine Regelung brauchen, sondern es ist das internationale Umfeld, das uns dies vorrangig diktiert. Es geht also darum, das Gebot der Stunde – die Bekämpfung des Missbrauchs – und das Anliegen einer bewährten und eigentümlichen Tradition – das grundsätzliche Recht, eine Waffe zu erwerben und zu tragen – überzeugend miteinander zu verbinden.

Nur wenn dies in einem Gesetz gelingt, können wir eine Mehrheit für diesen Artikel und für dieses Gesetz gewinnen. Das müssen wir wollen; denn wir wollen auch nicht, dass mit in der Schweiz allzu leger erstandenen Waffen andernorts gewalttätige Konflikte geschürt werden können. Das schadet nicht nur unserem Ansehen, das entspricht auch nicht unserer Verantwortung. Damit dieses nach unserer Meinung notwendige Gesetz gemacht werden kann, brauchen wir die Ermächtigung in der Verfassung, wie die Kommission sie vorschlägt.

Nach unserer Meinung ist diese Grundlage gut. Sie gibt dem künftigen Gesetz die richtige Richtung. Sie schafft die Möglichkeit, offensichtlichen Missbrauch den Riegel vorzuschieben. Das ist aus der Sicht der Verbrechensbekämpfung notwendig und aus dem Blickwinkel der schweizerischen Tradition auf diesem Gebiet annehmbar.

Gerade die traditionsverbundenen Kreise, für welche ich viel Verständnis aufbringe, sollten bedenken: Der Kern des traditionellen Rechts auf Erwerb und Tragen einer Waffe wird gerade dann am besten gewahrt, wenn er von der aktuellen «Spreu» des Missbrauchs befreit ist, ganz einfach deshalb, weil auf diese Weise der traditionelle Kerngehalt des Waffenrechts auf breite Zustimmung stösst. Umgekehrt aber, wenn wir nicht energisch gegen den Missbrauch vorgehen, ist der Kerngehalt des traditionellen Waffenrechts für ebenso breite Schichten unserer Bevölkerung nicht zweifelsfrei.

Daher unterstützen wir – ich sage es noch einmal – den von der Kommission vorgeschlagenen Verfassungsartikel.

Nach dem 1982 abgebrochenen ersten Anlauf des Bundes ist es nun wirklich an der Zeit, den Durchbruch zu schaffen. Wir können den Blick nicht länger von den schädlichen Nebenwirkungen eines in der Kernsubstanz zu erhaltenden Rechts abwenden. Dem Verfassungsartikel, wie er vorliegt, ist ohne Bedenken zuzustimmen. Er ermächtigt uns zu nichts anderem, als dazu, den Missbrauch beim Erwerb, Verkauf und Tragen

von Waffen zu bekämpfen. Wo die Grenze zwischen «erlaubt» und «nicht mehr erlaubt» hier genau liegt, muss das Gesetz im einzelnen bestimmen. Hierfür werden die einschlägigen Verbände – das auch an die Adresse der Verbände – ihre Anliegen und Vorstellungen einbringen können, sowohl in der Expertengruppe als auch nachher im Vernehmlassungsverfahren. Davon gehen wir aus.

Wir sind uns im klaren, dass ein solches Gesetz eine breite Abstützung erfordert, wenn es Rechtskraft erhalten soll. Wir gehen von der Voraussetzung aus – dazu bieten wir Hand –, dass dieses Gesetz von einem freiheitlichen Grundsatz, jenem des Waffentragens für Schweizer, eingeleitet wird. Damit sind alle Sicherungen vorhanden, die es auch einem der Tradition verpflichteten Bürger erlauben, dem Verfassungsartikel ohne Wenn und Aber zuzustimmen.

Zum Schluss gestatte ich mir noch, dem EJPD und insbesondere dem Bundesamt für Polizeiwesen mit dem neuen Direktor Krauskopf für die gute Zusammenarbeit in der vorbereitenden Unterkommission, die ich präsidieren durfte, bestens zu danken.

**Steinemann:** Die Fraktion der Auto-Partei hat grosses Verständnis dafür, dass auf eidgenössischer Ebene raschmöglichst eine einheitliche und wirksame Regelung über missbräuchlichen Waffen- und Munitionskauf beschlossen wird, womit insbesondere verhindert werden soll, dass solche Waffen und Munition für kriegführende Parteien oder kriminelle Taten beschafft werden können. Gegenüber Ausländern sollen besonders einschränkende Bestimmungen angewendet werden, wie dies vom Kommissionssprecher erwähnt wurde.

Andererseits muss aber das Verbot der Anschaffung und des Gebrauchs von Pfefferspray und ähnlichen Notwehrmassnahmen oder -möglichkeiten aufgehoben werden. Es darf nämlich nicht angehen – wie ich Ihnen im nächsten Beispiel erläutere –, dass im eigenen Haus angegriffene Bürger, die sich berechtigt zur Wehr setzen, vor Gericht gezerrt werden: Weil in einem Haus schon zweimal eingebrochen worden war, besorgte der Ehemann im Ausland vorsichtshalber einen dort frei erhältlichen Reizgasspray. Die Befürchtungen bewahrheiteten sich, als die Ehefrau beim Heimkommen am helllichten Tag einen Einbrecher überraschte. Reaktionsschnell griff sie zum Spray und vertrieb den Gauner, der dann beim Augenauswaschen verhaftet werden konnte. Gegen die Hausfrau wurde allerdings Anzeige erstattet. Der Staatsanwalt beantragte wegen verbotenen Waffenbesitz eine Busse. Soweit das Beispiel.

Mehrere Kantone möchten das Verbot für Pfeffersprays aufheben oder mindestens lockern, seitdem auch Produkte auf dem Markt sind, die das schädliche CS-Gas nicht mehr enthalten. Diese Sprays sind reine Notwehrwaffen, wirkungsvoller und weniger gefährlich als Messer oder Faustfeuerwaffen.

Die Fraktion der Auto-Partei verlangt jedoch auch – wie es schon mehrmals verlangt worden ist –, dass das Recht eines jeden Schweizer Bürgers auf Erwerb, Besitz und Tragen von Waffen im Gesetz ausdrücklich festgehalten wird.

Wir nehmen den Bericht zur Kenntnis und können einer Regelung, wie sie der vorgelegte Entwurf des Bundesbeschlusses vorsieht, grundsätzlich zustimmen.

Wir stimmen somit dem Entwurf der Kommission zu.

**Frau Hollenstein:** Die grüne Fraktion beurteilt den vorliegenden Bericht der Sicherheitspolitischen Kommission als gute und wertvolle Grundlage zur Schaffung eines Gesetzes, das den Missbrauch von Waffen, Waffenzubehör und Munition verhindern soll. Damit ist die Grundlage für ein längst fälliges Gesetz gegeben.

Wir sind froh, dass Herr Fischer-Seengen seinen Antrag zurückgezogen hat. Das Recht auf den Erwerb, den Besitz und das Tragen von Waffen gehört nämlich nicht in die Bundesverfassung. Die Materie ist so komplex, dass es nicht sinnvoll ist, Details in die Verfassung aufzunehmen. Die nötigen Regelungen können dann im Gesetz aufgenommen werden. Änderungen und notwendige Anpassungen sind so später eher möglich; es ist sicher vernünftig, wenn wir uns diese Möglichkeit offenhalten.

Ich möchte noch zur Definition von Waffen etwas sagen: Sie finden die Definition im Bericht auf Seite 9 unten. Wie viele von Ihnen sicher wissen, benötigen Frauen in verschiedenen Kantonen für den Kauf und das Auf-sich-Tragen von relativ harmlosen Abwehrsprays zur Notwehr einen Waffenschein. Herr Steinemann hat auch darauf hingewiesen. Einige Kantone fordern dies, gestützt auf kantonale Gesetze oder Konkordate. Damit werden Frauen durch das Auf-sich-Tragen von Sprays, die zur blossen Abwehr dienen und keine längerfristigen Schäden verursachen, zu «Waffenträgerinnen» gestempelt. Abwehrsprays können aber die Verteidigungsfähigkeit von Frauen erhöhen und ihr Selbstvertrauen stärken. Das Bewegen im öffentlichen Raum wird weniger gefährvoll und ist damit mit weniger Angst verbunden.

Im vorliegenden Bericht konnte eine Definition der Begriffe «Waffen und Waffenzubehör» gefunden werden, welche Notwehrsprays mit nur vorübergehender, leichter Schädigung von der Verpflichtung des Erwerbs eines Waffenscheins ausnimmt. Diese Definition liegt nun der Ausarbeitung des Gesetzentwurfes zugrunde. Es wird also ein Gesetz ausgearbeitet werden müssen, welches Frauen durch das Auf-sich-Tragen eines Notwehrsprays nicht mehr automatisch zu «Waffenträgerinnen» macht.

Für die Praxis bedeutet dies, dass in Zukunft für Sprays mit nur kurzfristiger Wirkung kein Waffenschein mehr benötigt wird. Damit ist ein altes und wichtiges Frauenpostulat erfüllt. Stoffe von hoher Gefährlichkeit dagegen sind in der Definition integriert und werden im Gesetz entsprechend berücksichtigt werden müssen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass im Gesetz nur geregelt werden muss, was nötig ist. Unnötiges, wie zum Beispiel die Handhabung relativ harmloser Sprays, kann hingegen weggelassen werden. Dadurch werden die entsprechenden kantonalen Vorschriften gegenstandslos. Dies sollte bis etwa 1995 der Fall sein.

Im Namen der grünen Fraktion bitte ich Sie, dem Bericht zuzustimmen.

**M. Borel** François: Jusqu'au 18 décembre 1991, il était légal pour un Yougoslave d'acheter un certain nombre d'armes et de les exporter dans son pays dans l'intention de les mettre sur le marché de la guerre. Depuis le 18 décembre, ce qui était légal est devenu trafic d'armes. Le Conseil fédéral a pris une ordonnance sur l'acquisition et le port d'armes à feu par des ressortissants yougoslaves qui, à son article premier But, précise: «La présente ordonnance vise: a. à mettre fin aux trafics d'armes qui ont lieu entre le territoire suisse et celui de la République socialiste fédérative de Yougoslavie dans les frontières qui étaient les siennes le premier janvier 1990.» L'importance de ce problème a été déniée fort longtemps par le Département fédéral de justice et police et par le Conseil fédéral. Heureusement, le virage a été pris. A ce sujet-là, on peut faire deux observations.

Premièrement, des prescriptions de la Confédération contre l'usage abusif d'armes sont utiles. Lors du premier semestre 1992, en raison de cette ordonnance, seules 160 armes ont été achetées par des étrangers, alors qu'en 1991, pour la même période, on en recensait officiellement 6000. Le nombre réel dépasse probablement ce chiffre, mais on peut en tout cas dire que l'ordonnance a eu pour effet qu'au minimum 12 000 armes n'auront pas été exportées en direction du conflit yougoslave cette année. C'est une utilité notable.

Deuxièmement, la base constitutionnelle pour prendre cette ordonnance est relativement peu solide. On la trouve à l'article 102 chiffre 8: «Il (le Conseil fédéral) veille aux intérêts de la Confédération au-dehors, notamment à l'observation de ses rapports internationaux, et il est, en général, chargé des relations extérieures.» Cette base est utile dans certains cas d'urgence, mais, de manière évidente, elle ne permet pas de légiférer durablement sur l'usage abusif des armes. C'est la raison pour laquelle le groupe socialiste arrive à la conclusion qu'il faut légiférer et pour légiférer il faut commencer par créer la base constitutionnelle.

Concernant la loi, étant donné que le groupe socialiste rejoint dans les grandes lignes la commission sur les principes de

base qui devront guider son élaboration, je ne dirai rien de plus. Nous approuvons donc le rapport en la matière et les principes de base qui devront guider l'élaboration de la loi.

Concernant l'inquiétude des sociétés de tir, qui a été exprimée en particulier par MM. Fischer-Seengen et Keller Anton, je dirai que j'ai de la peine à la comprendre. L'article constitutionnel parle clairement d'éviter l'usage abusif des armes. Je ne crois pas que, ni dans cette salle ni ailleurs en Suisse, l'on considère que les activités des sociétés de tir puissent être assimilées à un usage abusif des armes. Dès lors, il s'agit de faire disparaître cette mauvaise conscience qui semble régner au sein des sociétés de tir. Ce sera la tâche de MM. Fischer-Seengen et Keller Anton entre autres, visiblement proches de ces sociétés. Les sociétés de tir doivent avoir confiance dans les intentions de la commission qui sont claires. Leurs activités ne sont pas visées par cet article constitutionnel et elles peuvent les maintenir à l'avenir.

En conclusion, je vous rappelle que le groupe socialiste remercie la commission pour son travail, remercie le Département fédéral de justice et police pour sa collaboration et vous invite à voter les propositions qui sont faites par la commission.

**Maurer:** Die heute gültige Regelung ist in verschiedener Hinsicht überholt. Das Anliegen ist seit vielen Jahren pendent und dürfte in diesem Rat selbst für unsere Verhältnisse heute reif sein. Für die nachfolgende Missbrauchsgesetzgebung stehen für uns drei Punkte im Vordergrund:

1. Das Recht jedes Schweizer Bürgers auf Waffenerwerb, Waffenbesitz und Waffentragen soll im Gesetz verankert werden. Dieses Recht gehört nicht zu den Grundrechten und daher nicht in die Verfassung. Wir bestehen aber darauf, dass von diesem Grundsatz im Gesetz in keiner Art und Weise abgewichen wird.

2. Wir begrüßen es, wenn im Gesetz die Möglichkeit geschaffen wird, gegenüber Ausländern für den Verkauf und Erwerb von Waffen restriktivere Bestimmungen anzuwenden. Dies erscheint uns im Interesse der kommenden Vorlage als unabdingbar.

3. Wir erachten es als richtig, dass für den Erwerb von Ordnungswaffen für aktive und ehemalige Angehörige der Armee keine Waffenerwerbserlaubnis benötigt wird. Das gleiche soll für Inhaber einer Jagdbewilligung für die eigene Jagdwaffe sowie für den Erwerb von kleinkalibrigen Waffen für das Sportschiessen gelten.

Kurz und gut, die Traditionen sollen gewahrt werden. In diesem Sinne stimmt die SVP-Fraktion der Vorlage einstimmig zu.

**M. Leuba:** La touchante unanimité qui se dégage dans ce débat me permettra d'être bref. J'aimerais cependant faire deux ou trois remarques. Si quelqu'un doutait dans cette salle du caractère délicat de l'objet que nous traitons, je lui donne volontiers rendez-vous lors de la campagne et lors de la votation sur l'article constitutionnel. Le Conseil fédéral en a d'ailleurs déjà fait l'expérience lors de la consultation sur le projet de 1982.

Le groupe libéral vous recommande d'accepter le projet sans se faire aucune illusion sur les difficultés qui nous attendent réellement lors de l'élaboration de la loi. La situation est en effet telle, que les cantons ont renoncé à la révision du concordat de 1969 et qu'il en résulte, de toute évidence, une disparité d'application dans les cantons qui n'est plus supportable au moment où il est tellement facile de passer d'un endroit à l'autre et d'un canton à l'autre. Dès lors, tout fédéralistes que nous soyons, nous considérons qu'il appartient à la Confédération de mettre de l'ordre dans ce domaine parce qu'il en va non seulement de la sécurité intérieure et de la sécurité de chacun des citoyens de ce pays, mais aussi de la sécurité extérieure. Nous sommes en effet menacés par des pressions des pays étrangers qui comprennent de moins en moins le désordre qui règne chez nous dans le commerce d'armes et qui, dès lors, sont en mesure de faire des pressions sur notre propre pays, pressions qui sont naturellement difficilement acceptables pour un Etat souverain. Personne ne peut s'opposer à une disposition qui a pour but – et c'est le sens du texte – de lutter

contre l'abus d'armes, d'accessoires d'armes et de munitions. Bien entendu, nous approuvons aussi cette disposition.

En ce qui concerne les étrangers, il va de soi qu'ici il faut faire une nuance qui n'a peut-être été très claire ni dans le rapport ni dans l'opinion des préopinants. Ce qui doit être contrôlé, ce sont les étrangers qui n'habitent pas en Suisse, c'est-à-dire ceux qui ne peuvent pas donner de garanties ni faire l'objet d'un contrôle dans leur acquisition d'armes. En revanche, il est bien clair que nous ne voudrions pas, au moment où précisément nous prêchons de tous côtés l'ouverture de notre pays sur l'Europe notamment, que l'on fasse tout d'un coup deux catégories: les bons ce sont les Suisses et les mauvais ce sont les étrangers. Je crois que c'est une idée qui serait fautive et qu'il ne faut pas l'introduire sous cette forme; il faut bien définir qui doit être contrôlé et de quelle manière.

Enfin, et j'y reviens, les vraies difficultés surgiront lors de l'élaboration de la loi. Je donnerai un simple exemple. Plusieurs préopinants – je crois que c'est la quasi-totalité – sont venus déclarer qu'il n'était pas question de restreindre le droit pour le citoyen suisse d'acheter une arme et de la porter. Mais, d'autre part, on prévoit aussi d'introduire le permis d'achat et le permis de port d'armes. J'aimerais faire respectueusement remarquer qu'il y a une contradiction fondamentale entre ces deux affirmations et que si on a le droit d'avoir une arme et de la porter, alors on a le droit d'obtenir le permis, ce qui revient pratiquement au même. Dès lors, il y aura là des pesées d'intérêts qui seront difficiles à faire; il ne faut pas se cacher la difficulté du problème. Je suis certain cependant que si l'on est modeste dans les objectifs, qui doivent être réalistes et efficaces, nous arriverons à élaborer une législation qui soit acceptable pour la majorité de notre population.

**Cincera, Berichterstatter:** Ich will nur noch ganz kurz zuhanden der Materialien und auch zuhanden der Schützen auf die Frage eingehen, ob das Recht des Schweizer Bürgers auf Waffenbesitz im Verfassungsartikel oder im Gesetz stehen soll. Ich bin der letzte, der das freie Recht des Schweizlers auf Waffenbesitz nicht hochhalten möchte. Aber wir haben nun wirklich aus Verantwortung gegenüber unserer eigenen Bevölkerung – und auch aus Gründen der internationalen Solidarität im Kampf gegen die Kriminalität und im Kampf gegen die internationale Kriminalität – einen wirkungsvollen Beitrag zu leisten und vollziehbare Massnahmen zu treffen. Nur das hat uns bei der Arbeit für diesen Verfassungsartikel und für das Gesetz geleitet.

Nun sind die Grundrechte für den Waffenbesitz schon in anderen Grundrechten enthalten: im Recht, Eigentum zu haben, in der Handels- und Gewerbefreiheit usw. Wenn wir dazu übergehen, jedes Recht, das der Bürger hat, in die Verfassung zu schreiben, bekommen wir eine endlos lange Verfassung, in der nur noch Rechte beschrieben sind. Dann geben wir aber auf Verfassungsebene unserer Behörde jedesmal das Recht, diese Rechte einzuschränken.

Im Grunde genommen fahren also die Schützen und alle interessierten Organisationen besser, wenn wir den Waffenbesitz als stillschweigendes Recht anerkennen, das Recht auf Gesetzesstufe festschreiben und dem Bund einen klaren Auftrag geben, welche Missbrauchsgesetzgebung er zu machen hat.

Ich nenne ein Beispiel, das uns heute alle betrifft: Bis 1968 stand in unserer Verfassung kein Wort über Eigentum. Dann schrieben wir hinein: «Das Eigentum ist gewährleistet», und darunter: «Bund und Kantone können ....» Seither wird dauernd am Eigentumsrecht herumgeknackt. Also: Sie sehen, dass die Verfassungsebene eigentlich der falsche Ort ist, wenn man etwas auf der Gesetzesstufe besser durchsetzen kann. Das wollte ich noch sagen. Ich bitte die Schützen und alle Interessierten, das anzuerkennen. Und ich bitte Herrn Bundesrat Koller, dieses eindeutige Versprechen zuhanden der Materialien abzugeben, dass dieses Recht gewissermassen die Präambel des Gesetzes wird. Ich glaube, dann sollten wir auch ohne Referendum das Gesetz in Kraft setzen können.

**Bundesrat Koller:** Wir sind uns alle einig: Das geltende Waffenrecht in unserem Land ist ungenügend. Der Bund hat keine Gesetzgebungskompetenz; die kantonalen Regelungen sind

sehr unterschiedlich; das Konkordat vom 27. März 1969 über den Handel mit Waffen und Munition weist allzu viele Lücken auf. Die wichtigste Lücke in diesem Konkordat ist wohl jene, dass es den Erwerb und den Handel mit sogenannten Halbautomaten überhaupt nicht regelt.

Man hat zwar zu Beginn der achtziger Jahre versucht, diese Lücke durch eine entsprechende Praxis im Rahmen der Kriegsmaterialgesetzgebung zu füllen. Aber das Bundesgericht hat dann in einer Entscheid in Sachen Tondini am 29. April 1987 diese restriktive Praxis des EMD in bezug auf die Halbautomaten als rechtswidrig erklärt, weil eine Rechtsgrundlage dafür fehle.

Das heutige Konkordat hat zudem den Nachteil, dass mangels einer Bundesregelung mit entsprechenden Strafnormen auch keine Rechtshilfe gewährleistet werden kann, weil es an der doppelten Strafbarkeit fehlt. Im übrigen ist die Ordnung in den Kantonen, wie gesagt, sehr unterschiedlich. Der Kanton Aargau beispielsweise hat dieses Konkordat überhaupt nicht ratifiziert, und nur gerade 13 Kantone kennen eine Waffentragbewilligung. Diese sehr unbefriedigende Ordnung hat unserem Land denn auch den zweifelhaften Ruhm eingetragen, dass die Schweiz heute ein Selbstbedienungsladen für Waffenerwerb sei.

Der Bundesrat hat diesen schwerwiegenden Mangel anlässlich des Ausbruchs des Bürgerkrieges in Jugoslawien praktisch erlebt. Das war auch der Grund, weshalb wir am 18. Dezember des letzten Jahres, eigentlich fast notfallmässig, diese Verordnung über den Erwerb und das Tragen von Schusswaffen durch jugoslawische Staatsangehörige erlassen haben, und dies – wie ich gestehen muss – auf einer recht schmalen Rechtsgrundlage.

Wir mussten auf unsere auswärtige Kompetenz Rückgriff nehmen. Dieser Artikel 102 Ziffer 8 der Bundesverfassung ist wirklich nur eine Grundlage für Notgesetzgebung, wie wir das im Fall von Jugoslawien – wie Sie und die Kommissionsreferenten richtig gesagt haben – mit grossem Erfolg getan haben.

Seit Erlass dieser Notverordnung ist der Verkauf von Waffen an Ausländer in unserem Land sehr stark zurückgegangen. In diesem Jahr waren es bis Ende Juni lediglich 160, während es im Vorjahr in der gleichen Periode noch über 6000 waren. Aber das ist natürlich keine befriedigende Lösung. Deshalb begrüsst der Bundesrat – er hat das an der Sitzung vom letzten Montag getan – den Vorstoss Ihrer Sicherheitspolitischen Kommission. Der Bundesrat hat am letzten Montag zustimmend vom Bericht und Antrag Ihrer Kommission Kenntnis genommen.

Dieser vorgeschlagene Verfassungsartikel entspricht auch unseren eigenen Intentionen. Sie haben ja auf einen entsprechenden Entwurf eines Verfassungsartikels zurückgegriffen, der im Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement im Jahre 1982 ausgearbeitet, dann aber aufgrund einer sehr kontroversen Vernehmlassung fallengelassen worden ist.

Inzwischen ist leider auch der Versuch einer Verbesserung des kantonalen Konkordates endgültig misslungen, und zwar im Jahre 1986. Heute sind auch die Kantone mit uns einig, dass es Aufgabe des Bundes ist, eine Bundeskompetenz zu schaffen. Wir haben Ihren Vorschlag in einem beschleunigten Verfahren auch der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorenkonferenz zur Vernehmlassung gegeben; sie hat uns nach summarischer Prüfung ausdrücklich bestätigt, dass sie diesem Vorschlag Ihrer Kommission zustimmt. So weit, so gut.

Auf der anderen Seite darf uns die Einmütigkeit heute natürlich nicht darüber hinwegtäuschen, dass uns die Ausführungsgesetzgebung noch einige harte Nüsse zu knacken geben wird. Ich möchte diesbezüglich – in Übereinstimmung mit Herrn Leuba, aber auch mit Herrn Fischer-Seengen und anderen – hier ausdrücklich festgehalten haben, dass wir bei der Ausführungsgesetzgebung, die Sie dann grosszügigerweise wieder uns überlassen – wenigstens die Erarbeitung eines entsprechenden Entwurfs –, selbstverständlich auf die grossen Traditionen unseres Landes im Bereich des Wehrwesens, aber auch der Jagd werden Rücksicht nehmen müssen.

Ich gehe mit Ihrem Kommissionsreferenten einig, dass gerade jenen Kreisen, die jetzt befürchten, wir könnten in der Ausführungsgesetzgebung allzu sehr ins Recht jedes Schweizer Bür-

gers und jeder Schweizer Bürgerin auf Waffenerwerb und Waffentragen eingreifen, besser gedient wäre, wenn wir keine entsprechende Bestimmung in die Verfassung aufnehmen; denn was die Wehrpflicht anbelangt, steht ja schon im geltenden Artikel 18 Absatz 3 BV: «... Die Waffe bleibt unter den durch die Bundesgesetzgebung aufzustellenden Bedingungen in den Händen des Wehrmannes.»

Wir werden von diesem individuellen Recht ausgehen und diese Besonderheiten in der Ausführungsgesetzgebung zu berücksichtigen haben. Wir sind uns alle einig, dass es sich lediglich um eine Missbrauchsgesetzgebung handeln kann. Aber darin ist man sich natürlich immer einig. Ich bin mir bewusst, dass die Ausführungsgesetzgebung im Detail noch recht schwierig sein wird.

Wir werden daher jetzt parallel zur Behandlung dieses Vorschlages für einen Verfassungsartikel im Ständerat und dann in der Volksabstimmung bereits einen neuen, überarbeiteten Gesetzesentwurf vorbereiten, damit wir – wenn die Verfassungsbestimmung hoffentlich Ende nächsten Jahres von Volk und Ständen genehmigt ist – sofort eine Expertenkommission einsetzen und das Resultat in die Vernehmlassung geben können. Ein optimaler Zeitplan würde darin bestehen, Ihnen bereits etwa Ende 1994 die Botschaft zu einer Ausführungsgesetzgebung unterbreiten zu können; denn selbstverständlich müssen wir gerade auf diesem Gebiet unseren Beitrag zur Bekämpfung der internationalen Kriminalität leisten. Das können wir nur mit einem neuen schweizerischen Waffenrecht tun. In diesem Sinne beantrage ich Ihnen Eintreten auf die Vorlage Ihrer Kommission.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen*  
*Le conseil décide sans opposition d'entrer en matière*

**Präsident:** Der Rückweisungsantrag Fischer-Seengen wurde zurückgezogen.

*Detailberatung – Discussion par articles*

**Titel und Ingress, Ziff. I, II**  
*Antrag der Kommission*  
Zustimmung zum Entwurf der Kommission

**Titre et préambule, ch. I, II**  
*Proposition de la commission*  
Adhérer au projet de la commission

*Angenommen – Adopté*

*Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*  
Für Annahme des Entwurfes

111 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

*An den Ständerat – Au Conseil des Etats*

90.939

**Postulat Danuser**  
**Revision der Abgasverordnung 87**  
**Gaz d'échappement.**  
**Révision de l'ordonnance 87**

*Diskussion – Discussion*

Siehe Jahrgang 1991, Seite 1349 – Voir année 1991, page 1349

**Präsident:** Der Bundesrat beantragt, das Postulat entgegenzunehmen; es wird aber von Herrn Jürg Scherrer bekämpft.

**Scherrer Jürg:** Ich beantrage Ihnen, das Postulat Danuser abzulehnen – nicht nur, weil die Argumentation in der Begründung des Postulates teilweise falsch ist. Ich lege Wert auf den Hinweis, dass die Luft in der Schweiz nicht schlechter wird, wie Frau Danuser in ihrer Begründung behauptet, sondern sie wird besser. Wenn nämlich für ein Altfahrzeug, welches noch nicht den US-Normen entspricht, ein Fahrzeug mit einem Dreiwegkatalysator in Verkehr gesetzt wird, reduziert sich der Ausstoss an schädlichen Abgasen um 90 Prozent. Um eine gleich grosse Luftbelastung zu haben wie vorher, bräuchte es also 10 Neufahrzeuge für die Ausserverkehrssetzung eines Altwagens.

Aber darum geht es nicht. Es geht um folgendes: Die Schweiz hat zweimal Extrazüge gefahren, mit der Norm AGV 82 – AGV heisst Abgasverordnung – und mit der Norm AGV 86 bzw. 87. Es ist jetzt an der Zeit, dass wir in der Schweiz mit diesen Extrawürsten aufhören, die uns nicht nur wirtschaftlich behindern.

Frau Danuser verlangt in ihrem Postulat die Einführung der neuesten kalifornischen Normen. Die kalifornischen Normen sind tatsächlich viel tiefer als die US-Norm 83, aber ich weise darauf hin, dass sich der Fahrzeugmarkt in Kalifornien völlig anders zusammensetzt als in der Schweiz. Viele Kleinfahrzeuge, die bei uns auf dem Markt erhältlich sind, sind in Kalifornien nicht lieferbar, also erfüllen sie auch die Abgasnormen, wie sie Frau Danuser im Postulat verlangt, nicht.

Es wäre das Falscheste, jetzt Abgasnormen in Kraft zu setzen, die in Amerika, in Kalifornien, aufgrund des Fahrzeugparks durchaus ihre Berechtigung haben, aber in der Schweiz dazu führen würden, dass Kleinfahrzeuge – besonders verbrauchsgünstige Kleinfahrzeuge – mindestens vorübergehend vom Markt verschwinden.

Weder ich noch die Auto-Partei haben grundsätzlich etwas gegen Abgasnormen einzuwenden, die sich am Stand der Technik zu orientieren haben. Aber wir dürfen nicht vergessen: Wir haben in der Schweiz gut 3 Millionen Personenwagen, während pro Jahr rund 80 Millionen Fahrzeuge die Grenze der Schweiz passieren, die unsere Abgasnormen nicht erfüllen. Jetzt nochmals schärfere Abgasnormen einzuführen, ist wirklich ein Verhältnisblödsinn. Der EWR wurde – ich muss sagen, Gott sei Dank – am 6. Dezember abgelehnt; trotzdem sind wir der Meinung, dass wir vor allem in technischen Bereichen – aber nicht nur da – mit Europa harmonisieren müssen. Wir sollten mit neuen, schärferen Abgas- bzw. Lärmnormen warten, bis die EG solche einführt. Dann ist dagegen nichts mehr einzuwenden. Wer die Isolation der Schweiz auch in diesem kleinen Bereich vermeiden will, wo es um technische Normen von Neufahrzeugen, Baumaschinen oder landwirtschaftlichen Fahrzeugen geht, soll dieses Postulat ablehnen.

**Frau Danuser:** Herr Scherrer Jürg von der Auto-Partei hat heute schon mehrmals zu seinem Thema gesprochen. Wenn man hundertmal das gleiche sagt, muss es dadurch noch nicht wahr werden. Die Abgasnormen sind ein Teil der Luftreinhaltepolitik; Luftreinhaltepolitik heisst, dass die Politik sich dafür einsetzt, dass die Luft reiner wird. Sie bekämpfen diese Ab-

## **Parlamentarische Initiative (Borel François) Handel mit Waffen. Aufsicht des Bundes**

### **Initiative parlementaire (Borel François) Commerce d'armes. Contrôle fédéral**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1992
Année	
Anno	
Band	VI
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	12
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	91.406
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	16.12.1992 - 15:00
Date	
Data	
Seite	2634-2641
Page	
Pagina	
Ref. No	20 022 069

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.